

Stodieck, Helmut

**Article — Digitized Version**

## Statt Protektionismus verstärkte internationale Arbeitsteilung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Stodieck, Helmut (1968) : Statt Protektionismus verstärkte internationale Arbeitsteilung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 6, pp. 325-326

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133852>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Statt Protektionismus verstärkte internationale Arbeitsteilung

Helmut Stodieck, Hamburg

Die Importflut einzudämmen und die amerikanische Zahlungsbilanz zu entlasten, ist erklärtes Ziel protektionistischer Kreise der USA. Zu diesem Zwecke möchten sie auf Instrumente zurückgreifen, die von einer Importsteuer in Höhe von etwa 2—3 % über eine drastische Importabgabe (surcharge) in der Größenordnung von 10—15 % bis hin zu einem breiten Fächer von Importkontingenten reichen. Bisher zeigte sich die Regierung der USA allerdings wenig geneigt, auf die Linie der Protektionisten einzuschwenken. Wenn die Stimmung in beiden Häusern des Kongresses dagegen Importrestriktionen — in welcher Form auch immer — zuneigt, so beruht das nicht zuletzt auf der starken binnenwirtschaftlichen Orientierung der USA. Bei einer Exportquote von nur rund 4 % sind sie auf die Beibehaltung oder gar Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung weniger angewiesen als andere Länder. Ob die Befürworter von Importrestriktionen die Folgen eines amerikanischen Protektionismus für den gesamten Welthandel wirklich sehen, muß allerdings bezweifelt werden. Abgesehen von momentan denkbaren Vorteilen für die USA, würde eine solche Politik mit Sicherheit entsprechende, mit dem GATT durchaus vereinbare Reaktionen bei den wichtigsten Handelspartnern auslösen.

### FRAGWÜRDIGE EWG-AGRARPOLITIK

Nun bleibt aber die Wiederbelebung protektionistischer Ideen keineswegs auf die USA beschränkt. Wenn insbesondere die Industrienationen Westeuropas den Trend zum Isolationismus in den Vereinigten Staaten laut beklagen, so offenbar deshalb, weil sie um den Export ihrer Industriegüter in diesen — gerade in jüngster Zeit — überdurchschnittlich expandierenden Markt fürchten. Hier Protest anzumelden, scheint den der EWG angehörenden Ländern offenbar gerechtfertigt zu sein, obwohl sie selbst seit Jahren eine Agrarpolitik betreiben, deren protektionistischer Charakter nicht zu leugnen ist. Freihandel in den Bereichen zu fordern, in welchen gute Absatzchancen bestehen, und dort Handelshemmnisse zu errichten, wo man Strukturwandlungen, die mit der internatio-

nen Arbeitsteilung verbunden sind, hinauszögern möchte, eine solche Politik kann kaum überzeugen.

Die Fragwürdigkeit der EWG-Agrarpolitik wurde unlängst besonders deutlich, als die Kommission in Brüssel einen Entwurf vorlegte, der u. a. die Einfuhr konservierter Champignons, Tomaten, Spargel, Erbsen, Aprikosen, Pfirsiche und Ananas aus Drittländern einer Mindestpreis- und Lizenzregelung zu unterwerfen beabsichtigt. Die bisher schon hohe Zollbelastung bei der Einfuhr dieser Güter wird dadurch nicht weiter angehoben. Dennoch gibt der Entwurf Veranlassung, auf die oftmals verbraucherfeindlichen, ausschließlich auf die Interessen inländischer Produzenten ausgerichteten Agrarmarktordnungen der EWG hinzuweisen. Die Entwicklung, die mit der Reglementierung der Märkte für Getreide, Schweinefleisch, Eier und Geflügelfleisch begann, wird mit dieser Regelung konsequent fortgesetzt. Denn nach Eingriffen am Markt für Frischobst und Frischgemüse waren Interventionen bei den entsprechenden Konserven kaum zu umgehen. Besonders interessant ist an dem vorliegenden Entwurf, daß hier nicht — wie bei den meisten bisherigen Marktordnungen — die Anbieter der EWG gegen das Angebot gleicher Produkte aus Drittländern geschützt werden sollen, sondern, daß offenbar versucht wird, die Nachfrage der Konsumenten von südafrikanischen Pfirsichen und von Ananas aus Kalifornien auf italienische Birnen und deutsche Äpfel umzulenken. Diese Schlußfolgerung ergibt sich, da die EWG und die ihr assoziierten Länder bisher gar nicht in der Lage sind, den Bedarf etwa an Ananas- oder an Pfirsichkonserven zu decken. Über 70 % der betroffenen Güter kommen aus Drittländern, bei Pfirsichen und Ananas sind es sogar mehr als 80 %. Das sollte ein durchschlagendes Argument gegen die hohe Belastung dieser Güter sein. Ist man jedoch der Meinung, daß der Verbraucher zu kaufen hat, was im Gebiet der EWG und den assoziierten Ländern wächst, so erübrigen sich solche Bedenken.

Zugkräftiger wäre dann vielleicht der Einwand, daß die Umlenkung und der mögliche Abbruch traditio-

ner Handelsbeziehungen den Bestimmungen des EWG-Vertrages (Art. 29) widersprechen. Zwar sind die Erhöhung des landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommens durch Produktivitätssteigerungen in diesem Bereich sowie durch die Stabilisierung der Agrarmärkte erklärte Ziele des EWG-Vertrages. Nach Art. 39 sollen aber auch die Interessen der Verbraucher berücksichtigt werden. Eben das scheint im Verlauf der im allgemeinen preissteigernden protektionistischen Agrarpolitik der EWG immer mehr in den Hintergrund getreten zu sein.

#### KEINE WEITERE ESKALATION DES PROTEKTIONISMUS

Noch funktionieren die Marktordnungen der EWG; sie werden jedoch von Jahr zu Jahr teurer. Das System der Richtpreise, Orientierungspreise und Zielpreise, das die Einkommensentwicklung der Landwirtschaft begünstigen sollte, hat inzwischen zu kost-

spieligen Getreide-, Butter-, Käse- und Fleischbergen geführt. Interventionen auf dem Binnenmarkt der Gemeinschaft und Erstattungen beim Export der Überschussproduktion in Drittländer haben die Kosten der EWG-Agrarpolitik schnell ansteigen lassen. Der Verbraucher hat nicht nur überhöhte Nahrungsmittelpreise hinzunehmen, er muß über seine Steuern auch noch dazu beitragen, die infolge des Agrarprotektionismus am Markt vorbeiproduzierten Mengen aufzukaufen und — sofern überhaupt möglich — zu weit niedrigeren Preisen am Weltmarkt abzusetzen. Allein diese Erfahrung sollte genügen, um vor einer weiteren Eskalation des Protektionismus in den USA, aber auch in Europa zu warnen. Der Schutz einer Gruppe oder Branche gegen ausländische Konkurrenz erlaubt den Betroffenen, wie John A. Hobson bereits 1904 schreibt, „to make positive gains . . . out of the loss of their fellow-citizens“. Allgemeines Wirtschaftswachstum setzt dagegen eine verstärkte internationale Arbeitsteilung voraus.

## Deutsche Exportwirtschaft profitiert vom Wachstum der Dritten Welt

Dr. Peter Müller, Hamburg

Eines der dominierenden Probleme, die die gegenwärtige Weltwirtschaft bewegen, ist die Industrialisierung der heute noch als unterentwickelt geltenden Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Allgemein wird nicht mehr bezweifelt, daß der industrielle Fortschritt der an der weltwirtschaftlichen Peripherie (Predöhl) gelegenen Regionen insgesamt dem internationalen Handel förderlich sein wird. Denkbar ist jedoch, daß der Verlust traditioneller Märkte durch Importsubstitution und Konkurrenzverschärfung einige Industrieländer infolge der Industrialisierung der Entwicklungsländer stärker trifft und sie an den möglichen Marktgewinnen weniger partizipieren, während für andere Industrieländer negative Effekte kaum spürbar sind, sie aber aus der Ausdehnung der peripheren Märkte größeren Nutzen ziehen.

In welcher Richtung und in welchem Ausmaß sich die Industrialisierung unterentwickelter Länder auf die Exporte eines Industrielandes auswirkt, hängt weitgehend davon ab, welches Gewicht die peripheren Regionen als Abnehmer innerhalb der Gesamtausfuhr des Kernlandes (Regionalstruktur) einnehmen und inwieweit sein Exportangebot Güter enthält, die von den charakteristischen Verschiebungen des Importbedarfs im Industrialisierungsverlauf betroffen sind

(Warenstruktur). Eine nähere Analyse dieser strukturellen Faktoren deutet darauf hin, daß der deutsche Export verglichen mit der Ausfuhr anderer Industrieländer im Hinblick auf die Industrialisierung unterentwickelter Länder begünstigt sein könnte.

#### VERÄNDERTER IMPORTBEDARF DURCH INDUSTRIALISIERUNG

Typisch für die Importentwicklung im Industrialisierungsverlauf ist zunächst eine allgemeine Tendenz zur verstärkten Einfuhr von Fertigwaren (Teile 5-8 der Standard International Trade Classification/SITC) bei einem relativen Zurückbleiben der Importe von Primärprodukten (SITC-Teile 0-4). Während beispielsweise der Anteil der Primärprodukte an den Importen der unterentwickelten Länder von 39,3% im Jahr 1951<sup>1)</sup> auf 31,1% im Jahr 1965 sank, erhöhte sich der Importanteil der industriellen Fertigwaren von 59,4% 1951 auf 66,0% 1965.

Innerhalb der Kategorie Fertigwaren hat sich der Importanteil von Produkten der SITC-Teile 6 und 8 ständig ermäßigt. Dazu zählen hauptsächlich Konsumgüter

<sup>1)</sup> Prozentanteile berechnet nach: United Nations, Monthly Bulletin of Statistics, jeweils Märzheft 1961-1967, Special Tables.